

Kriege, Rebellionen und Kriege zwischen Zivilisationen

1. Einführung

Der Ost-West-Konflikt vermittelte der Friedens- und Konfliktforschung und den strategischen Studien für circa vier Jahrzehnte einen gewissen Halt. Es ging um Kriegsverhütung durch Abschreckung, um die Vermeidung von versehentlich ausgelösten Kriegen, um die Beherrschung des Wettrüstens oder von Eskalationsprozessen innerhalb von kriegerischen Auseinandersetzungen - manchen Denkern ging es sogar noch um Schadensbegrenzung oder gar Sieg im Atomkrieg. Mit dem Ende des Kalten Krieges, der Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion und schließlich mit dem rasanten wirtschaftlichen Niedergang Rußlands ist das vorbei. Fukuyamas (1989,1992) „Ende der Geschichte“ war ein erster Versuch, eine Welt ohne die Sowjetunion zu denken. Dieser Versuch wurde m.E. zu Recht schnell vergessen - nicht nur weil er auf lange Sicht Dauerarbeitslosigkeit für Konfliktforscher und Strategen versprach, sondern auch weil für die nahe Zukunft offen blieb, wieviel Unheil die letzten Zuckungen der Geschichte noch bringen könnten und wie ihnen zu begegnen sei. Huntingtons (1993, 1996) „Kampf der Kulturen“ oder Zivilisationen¹ ist da schon ein interessanterer Versuch, Szenarien für die Zukunft und Hinweise für die Politikberatung zu liefern.

2. Huntingtons Grundgedanken

Huntingtons Ausgangspunkt ist die Vorstellung, daß Menschen Identität brauchen, daß diese durch Zugehörigkeit zu Kollektiven - von Gruppen über Gesellschaften bis hin zu Zivilisationen - vermittelt wird. Zivilisationen sind die umfassendsten Kollektive, die Identität vermitteln. Sie werden vor allem durch gemeinsame Religion, aber auch durch gemeinsame politische Kultur und gemeinsame Sprache umschrieben. Dabei verwendet Huntington eine ausgesprochen makroskopische Sicht, bei der die „kleinen Unterschiede“ zwischen Katholiken und Protestanten (und erst recht die unter Protestanten) ebenso vernachlässigt werden wie die zwischen sunnitischen und schiitischen Moslems. Warum welche Unterschiede Zivilisationsgrenzen markieren und andere nicht, wird m.E. nicht systematisch dargelegt. Aber Huntington zählt die sieben bis acht Kulturen bzw. Zivilisationen² auf und erläutert anhand von Karten auch ihre Grenzen. Die Zugehörigkeit zweier Völker, Gesellschaften oder Staaten zu unterschiedlichen Zivilisationen oder Kulturkreisen erhöht nach Huntington die Konflikt- und Kriegsgefahr unter ihnen. Als Illustration für Huntingtons Thesen eignet sich das zerfallende Jugoslawien vorzüglich. Als Katholiken sind die Kroaten dem westlichen Kulturkreis zuzurechnen. Die bosnischen Moslems und die Kosovo-Albaner gehören zum islamischen Kulturkreis, die russophilen Serben zum russisch-orthodoxen Kulturkreis.

Aber es gibt auch schwierigere Beispiele - sogar bei uns in Europa. Im Zweiten Weltkrieg wurde - von Deutschland aus gesehen - an der Ostfront wesentlich erbitterter und mit mehr Bereitschaft zur Grausamkeit gekämpft als an der Westfront. Auf den ersten Blick scheint das

¹ Die im deutschen Sprachraum übliche Unterscheidung zwischen Kultur und Zivilisation ist im angelsächsischen Sprachraum nicht üblich und wird von Huntington explizit zurückgewiesen. Ich schließe mich dem angelsächsischen Sprachgebrauch an.

² Das sind (in meiner, stellenweise von der These Huntingtons marginal abweichenden) Terminologie: 1. der Westen, 2. Lateinamerika, 3. der russisch-orthodoxe Kulturkreis, 4. Japan, 5. der konfuzianisch-chinesische Kulturkreis, 6. Indien, 7. der islamische Kulturkreis, 8. Schwarzafrika.

zu Huntingtons These über Konfliktverschärfung durch Zivilisationsgrenzen zu passen. Nach seiner Auffassung verläuft zwischen Deutschland und Frankreich keine Zivilisationsgrenze, zwischen Deutschland und Rußland aber sehr wohl eine. Aber wie sieht es mit Polen aus? Nach Huntington gehört es wie Deutschland zum Westen. Vor 1945 haben die Polen von dieser zivilisatorischen Gemeinschaft nicht profitiert, nach 1945 nicht die Deutschen östlich von Oder und Neiße.

Natürlich könnte man darauf verweisen, daß die Nationalsozialisten nicht zum Westen gehören wollten und Polen wie Russen der slawischen Rasse zurechneten. Aber damit ist angedeutet, daß Zivilisationen oder Kulturkreise nicht die einzig denkbare oder politisch wirksame Großgruppierungen von Völkern sind, daß Zivilisationen genau wie Rassen oder (in der DDR sogar) Klassennationen soziale Konstruktionen sind. Derartige politisch wirksame Konstruktionen haben sich in der Vergangenheit geändert - manchmal recht schnell - und können sich auch künftig ändern. Deshalb ist die These, daß die Zivilisationsgrenzen - so wie sie bei Huntington (1993, 1996) beschrieben werden - besonders kriegsgefährdet und blutig seien, unter theoretischen Gesichtspunkten unplausibel und problematisch.

Weil Huntington eine zunehmende Bedeutung der Rivalität der Kulturen erwartet, kann ein historischer Rückblick der Kritik nicht viel Durchschlagkraft verleihen. Diese Immunität vor Falsifikation der Theorie halte ich für ein Problem. Nach Popper (1969, S. 15) sagt eine Theorie um so mehr über die Realität, je mehr sie verbietet. Eine Theorie, die auf historischen Tiefgang bewußt verzichtet, verbietet nicht viel. Aber etwas bleibt, weil die Theorie gegenwärtig schon anwendbar sein soll und die erwarteten Effekte immer stärker werden sollten.

Unter den blutigen Zivilisationsgrenzen hebt Huntington (1996, S. 254-258) vor allem die des islamischen Kulturkreises hervor. Selbst wenn die Grenzen des Islam - und u.U. auch das Gebiet innerhalb des islamischen Kulturkreises - besonders gewalt- und kriegsanfällig sein sollten, bestätigt das noch nicht, daß Huntingtons kausale Interpretation dieser Konflikte richtig ist. Denn es könnten ja andere Gründe genauso gut oder besser erklären, warum es innerhalb des islamischen Kulturkreises oder an seinem Rande besonders viele oder schwere Konflikte gibt. Deshalb ist eine kurze Darstellung alternativer theoretischer Ansätze in der Kriegsursachenforschung und in der internen Gewaltforschung in zwei Exkursen erforderlich.

3. 1. Exkurs: Der Stand der quantitativen Kriegsursachenforschung

Im folgenden will ich kurz die Befunde der quantitativen Kriegsursachenforschung zusammenfassen, die ich selbst für recht gut bestätigt halte, wo sich viele Fachleute einem Konsens zumindest annähern. Eine gewisse Übergewichtung meiner eigenen Arbeiten (Weede 1975, 1994, 1996) läßt sich dabei zwar nicht vermeiden, aber ich möchte auch auf die ergänzenden Arbeiten von Geller and Singer (1998), Maoz (1998), Oneal and Russett (1997), Russett (1993) und Vasquez (1993) hinweisen. Kriege haben m.E. im wesentlichen zwei Ursachenkomplexe. Sie resultieren entweder aus einem Sicherheitsdilemma oder einem Abgrenzungsdilemma. Beide Dilemmata können nur dann entstehen, wenn es keine durchsetzungsfähige Zentralinstanz über den Staaten gibt, die den Frieden oktroyieren kann. Offensichtlich ist die UNO keine derartige Instanz. Ein Sicherheitsdilemma entsteht potentiell immer dann, wenn Staaten gegeneinander Krieg führen können, wenn aus der Fähigkeit zur Bedrohung also die Angst vor Bedrohung ableitbar ist. Empirisch faßbare Hintergrundbedingungen für potentielle Sicherheitsdilemmata sind Nachbarschaft und Großmachtstatus, weil Nachbarn immer kriegsfähig gegeneinander sind (aber nicht Peru und die Mongolei oder Österreich und Spanien), und weil Großmächte tendenziell weltweit kriegsfähig sind. Selbstverständlich muß nicht jedes potentielle Sicherheitsdilemma virulent werden, wie z.B. die USA und Kanada oder Norwegen und Schweden illustrieren.

Abgrenzungsdilemmata können immer dann entstehen, wenn es „gute Gründe“ gibt, die Legitimität vorhandener Grenzen zu bestreiten, z.B. weil Angehörige des eigenen Volkes auch jenseits der Grenzen wohnen, weil ein Territorium früher einmal zum eigenen Staat gehört hat oder weil Enklaven oder Exklaven - z.B. Gibraltar und Ceuta - psychopolitisch schwer akzeptabel erscheinen. Inkompatible Territorialansprüche erhöhen die Kriegsgefahr noch stärker als bloße Sicherheitsdilemmata.

Danach entstehen Kriege aus unlösbaren Interessenkonflikten, die entweder aus unvereinbaren territorialen Ansprüchen resultieren oder aus dem Streben nach Sicherheit voreinander. „Normalerweise“ führt das Streben nach Sicherheit zu einer Politik, die man mit „Frieden durch Stärke“ oder „Sicherheit durch Überlegenheit“ umschreiben kann. Offensichtlich können aber zwei (benachbarte) Staaten nicht gleichzeitig „Sicherheit durch Überlegenheit“ erlangen. Einzelne Staaten können mit einer derartigen Politik erfolgreich sein, die meisten Staaten müssen damit scheitern. Aus Systemperspektive betrachtet schafft eine derartige Politik nur unlösbare Interessenkonflikte.

Selbst wo schwerwiegende Interessenkonflikte zwischen Staaten vorliegen, muß es nicht zum Krieg kommen. Ein geeignetes Mittel der Kriegsverhütung ist die Furcht vor dem Atomkrieg und der gegenseitigen Vernichtung, also *pax atomica*. Dadurch wurde während des Kalten Krieges Europa pazifiziert und der Eiserner Vorhang stabilisiert. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Sowjetunion hat diese pazifizierende Gegebenheit allerdings den größten Teil ihrer Bedeutung eingebüßt. Ein weiteres Mittel der Kriegsverhütung ist der Frieden unter den Demokratien, *pax democratica*. Damit können wir beispielsweise erklären, warum die Phase immer wiederkehrender deutsch-französischer Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen worden ist - auch warum Deutschland und Österreich ein starkes Interesse an der Stabilisierung der Demokratie in ihren östlichen Nachbarstaaten haben müssen. Der demokratische Frieden funktioniert allerdings nur unter Demokratien, denn zwischen Demokratien und Autokratien ist die Kriegsgefahr noch höher als unter Autokratien. Ein weiteres Mittel der Kriegsverhütung ist der imperiale Frieden, bei dem eine Großmacht in einer Einflußsphäre den *status quo* und den Frieden erzwingt. Bis Ende der achtziger Jahre war die *pax sovietica* ein Beispiel dafür. Weder ein Krieg zwischen Ungarn und Rumänien, noch zwischen Polen und der DDR war im Schatten der sowjetischen Vormacht auch nur denkbar. Dieser pazifizierende Einfluß ist mit dem Ende des Moskauer Imperiums ebenfalls verschwunden.

Was bleibt ist die Hoffnung auf den demokratischen Frieden, damit letztlich auf den „Export“ von Demokratie aus dem nordatlantischen Kerngebiet in den Rest der Welt. Wer zur Demokratisierung anderer Gesellschaften beitragen will, sollte nicht glauben, daß Hilfe bei der Ausarbeitung demokratischer Verfassungen von großer Bedeutung ist. Wichtiger ist es, die wirtschaftliche Voraussetzung - also Wohlstand - für die Überlebensfähigkeit der Demokratie zu schaffen. Dabei spielen wirtschaftliche Freiheit und Weltmarktorientierung in den armen Ländern und Öffnung der Märkte in den reichen Ländern für die Produkte der armen Länder eine entscheidende Rolle. Freihandel schafft nicht nur die wirtschaftlichen Voraussetzungen für Demokratie und *pax democratica*, sondern hat darüber hinaus direkt pazifizierende Effekte unter den handelstreibenden Nationen.

Gesellschaften können den Frieden nicht nur durch den Versuch gefährden, „Sicherheit durch Überlegenheit“ zu erlangen oder territoriale Ansprüche gegen andere zu erheben, sondern auch durch allzu große Schwäche, durch die Unfähigkeit, Gewalt im eigenen Lande zu unterbinden. Chaos und Gewalt im Inland provozieren ausländische Einmischung von Nachbarn oder von Großmächten. Damit stellt sich die Frage nach den Determinanten innerer Stabilität.

4. 2. Exkurs: Der Stand der Erforschung interner Gewaltanwendung

Man kann den Zusammenbruch friedlicher innerer Ordnungen von Gesellschaften im wesentlichen auf zwei Arten erklären (vgl. Weede 1992, 21. Kapitel, Weede and Muller 1997, 1998; auch: Rummel 1994): entweder durch Unzufriedenheit in der Bevölkerung oder dadurch, daß Unruhestifter - häufig handelt es sich um Angehörige der „herrschenden Klasse“ - und Aufständische eine Chance des Machterwerbs sehen. Obwohl die Erklärung von Aufständen, Gewalt und Unruhen durch Unzufriedenheit, relative Deprivation oder Verelendung im Journalismus wie in der Sozialwissenschaft wohl immer noch dominant ist, halte ich diesen Ansatz aus folgenden Gründen für falsch: Massenrebellionen von unterdrückten Menschen gegen ihre Obrigkeit sind relativ selten, Rebellionen von Teilen der privilegierten Eliten gegen den dominanten Teil der herrschenden Elite sind mindestens fünfzehnmal so häufig. Das spricht dafür, daß nicht Not, Unterdrückung und Unzufriedenheit, sondern Erfolgsaussichten - die sind bei Elitenrebellionen besser als bei Massenrebellionen - die Rebellen motivieren. Außerdem läßt sich zeigen, daß weder totalitäre Repression, noch der demokratische Verzicht auf Repression die Rebellionsgefahr maximieren, sondern ein semirepressives Regime. Totalitäre Repression ist sicher schlimmer als halbherzige Unterdrückung, aber sie schreckt ab und reduziert die Erfolgsaussichten von Dissidenten bis in die Nähe von Null.

Es ist fast unabhängig davon, wie schlecht das Regime ist, das erfolgreiche Rebellen durch ihr eigenes ablösen, in der Regel ist das neue Regime blutiger und wirtschaftlich zumindest nicht erfolgreicher. Wenn Rebellen vorwiegend von dem Bestreben motiviert werden, Mißstände abzustellen, dann ist das nicht ohne weiteres zu erwarten. Wenn Eigennutz und Machterwerb die dominanten Motive für Gewaltanwendung und Rebellion sind, dann ist nicht einzusehen, was sich durch gewalttätiges Auswechseln der Obrigkeiten für die Bevölkerung bessern sollte. Im Gegensatz zu Freihandel und Wirtschaftswachstum sind Gewalt und Rebellion ungeeignete Instrumente, um die Voraussetzungen für Demokratie und auf lange Sicht den demokratischen Frieden zu schaffen. Erfolgreiche Revolutionen sind häufig sogar Vorläufer späterer Kriege (Walt 1992).

5. Sind die Kriege zwischen Zivilisationen unser Schicksal?

Nach Huntington (1993, 1996) sind die Grenzen der von ihm definierten Zivilisationen besonders konfliktrichtig und kriegsgefährdet. Dabei übersieht Huntington, daß zwischenstaatliche Kriege verglichen mit Bürgerkriegen immer seltener werden (Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict 1997, S. 12, 25ff.). Täter und Opfer in Afghanistan oder Algerien, in Liberia oder Sierra Leone, in Burundi oder Ruanda, in Angola oder Zaire, in Somalia oder Kolumbien oder Kambodscha gehören der gleichen Zivilisation im Sinne von Huntingtons Definition an. Viele Menschen sterben aus Gründen, die Huntingtons Theorie nicht erklären kann. Mit Rummel (1994) kann man sogar noch weiter gehen und feststellen, daß mörderische Kampagnen von totalitären Regierungen gegen „ihre“ Bevölkerungen die Hauptursache millionenfachen Sterbens im 20. Jahrhundert gewesen sind. „Herrschende Klasse“ und Volk - oder Täter und Opfer - gehören dabei meist der gleichen Zivilisation an.

Die Grenzen des Islam gelten nach Huntington als besonders blutig, wobei er dazu neigt, diesen Tatbestand mit dem Konzept des Heiligen Krieges in Zusammenhang zu bringen.³ Ich möchte folgende alternative Erklärung für Huntingtons „blutige Grenzen des Islam“ anbieten: Je mehr Nachbarn ein Staat oder eine Zivilisation hat, desto größer ist die daraus resultierende

³ Djihaad kann zwar in manchen Kontexten mit „Heiliger Krieg“ übersetzt werden, aber es sind auch Übersetzungen wie „Anstrengung zur Verbreitung des Islam“ denkbar.

Kriegsgefahr. Unter den Zivilisationen der Welt hat der Islam die zentralste Lage. Während beispielsweise Lateinamerika und Schwarzafrika nur an eine andere Zivilisation grenzen, grenzt der Islam an fünf andere Zivilisationen, d.h. an alle außer Lateinamerika und Japan. Diese Zentrallage allein sollte schon für relativ „blutige Grenzen des Islam“ sorgen. Daß die Grenzen zwischen islamischen und nicht-islamischen Völkern - ob auf Timor, in Sinkiang, in Kaschmir oder vor den ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien - oft nicht mit ethnischen und/oder historischen Grenzen zusammenfallen, muß das Konfliktpotential weiter verschärfen.

Eine der blutigsten Grenzen des Islam ist die zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten. Neben dem Hinweis auf Sicherheits- und Abgrenzungsdilemmata sollte man hier anführen, daß das demokratische Israel von arabischen Autokratien umzingelt ist. Wir wissen, daß die Kriegsgefahr zwischen Demokratien und Autokratien besonders hoch ist. Ähnliches läßt sich auch zum indo-pakistanischen Konflikt anmerken: Indien ist eine relativ stabile Demokratie, während in der pakistanischen Geschichte autokratische Perioden und instabile Demokratisierungsperioden einander ablösen. Der islamische Kulturkreis hat weder im Binnen- noch im Außenverhältnis je vom demokratischen Frieden oder vom Frieden durch Furcht vor dem Atomkrieg oder vom imperialen Frieden profitieren können. Kurz: Wir brauchen weder besondere Konfliktrisiken an Zivilisationsgrenzen, noch das Konzept des Djihaad, um die relativ blutigen Grenzen des Islam erklären zu können.

Dafür, daß der islamische Kulturkreis in sich besonders konflikthanfällig ist, führt Huntington selbst schon einen Grund an, der nichts mit den Inhalten des Islam zu tun hat: die staatliche Fragmentierung dieses Kulturkreises. Zwei Kulturkreise (Indien, Japan) sind praktisch mit Staaten identisch, zwei weitere (der chinesisch-konfuzianische und der russisch-orthodoxe) werden von ihren Zentralmächten dominiert⁴, ein Kulturkreis, der Westen, besteht jetzt im wesentlichen aus Demokratien und sollte deshalb friedlich sein - und ist es auch.

Mit Huntington (1993, 1996) bin ich der Auffassung, daß Zivilisationen Ansatzpunkte für politisches Einvernehmen und Angleichung der politischen Systeme bilden. Im Westen demonstrieren die NATO und die Demokratie diese Effekte. Im Gegensatz zu Huntington bin ich allerdings nicht davon überzeugt, daß pax democratica zwischen dem Westen und anderen Zivilisationen auf Dauer unerreichbar sein müsse, weil die Demokratie in manchen Zivilisationen nicht durchsetzbar sei, wobei Huntington insbesondere die Resistenz des chinesisch-konfuzianischen und des islamischen Kulturkreises gegen Demokratisierung hervorhebt. Im chinesisch-konfuzianischen Kulturkreis haben Taiwan und Südkorea nach Überwindung bitterer Armut den Weg der Demokratisierung schon erfolgreich beschritten. Auf lokaler Ebene, in den Dörfern, zeigen sich selbst in der noch immer armen Volksrepublik China erste Demokratisierungsschritte. M.E. reichen die Wohlstandsdefizite im chinesisch-konfuzianischen Kulturkreis aus, um die vorhandenen Demokratiedefizite zu erklären⁵.

In der Vergangenheit haben Amerika und der Westen Südkorea und Taiwan die Überwindung der Massenarmut und damit die spätere Demokratisierung erlaubt - vor allem durch Öffnung des amerikanischen Marktes für die Exporte dieser Länder. Gegenwärtig ist der amerikanische Markt für die Exporte der Volksrepublik China relativ offen. Wenn es

⁴ In zwei Kulturkreisen haben externe Zentralmächte lange dominante Rollen gespielt - die USA in Lateinamerika und Frankreich in seinen ehemaligen Kolonien in Afrika.

⁵ Ein Problem kultureller Erklärungen ist, daß wir damit Wandel nicht erklären können. Katholische Länder waren länger als protestantische gegen Demokratie resistent. Nach Huntington (1991) gilt das nicht mehr. Auch in anderen Kulturen sind weltanschauliche Reinterpretationen denkbar. Der Westen hat schließlich auch einmal Hexenverbrennungen, Inquisition und Sklaverei aufgegeben.

gelingt, diese Offenheit zu erhalten und auf den gesamten Westen zu übertragen, wenn deshalb China der Armut entwächst und die Demokratie dort eine Chance erhält, dann steigen die Chancen für pax democratica statt Kampf der Kulturen.

Der islamische Kulturkreis stellt ein schwierigeres Problem dar, weil - von der partiellen Ausnahme der Türkei abgesehen - die Demokratisierung dort selbst in relativ wohlhabenden Ländern auf sich warten läßt. Aber erstens sind die meisten islamischen Gesellschaften noch relativ arm, was die Demokratiedefizite leicht erklärbar sein läßt. Zweitens enthält auch der Islam Ansätze für eine freiheitliche politische Entwicklung (vgl. Gellner 1981). Ausgangspunkt dabei ist die Vorstellung, daß die Offenbarung abgeschlossen sei und das diesseitige Leben des Gläubigen regelte. Daraus folgt, daß die Legislative bei Gott liegt und letztlich willkürlich menschlicher Verfügung entzogen ist. Daraus kann man zweifellos ein anti-demokratisches Argument machen und manche islamische Fundamentalisten tun das auch. Daraus läßt sich aber auch die Vorstellung begrenzter staatlicher Autorität über die Menschen ableiten. Das könnte einmal ein Ansatzpunkt für eine freiheitliche Entwicklung im islamischen Kulturkreis werden. Zwar kann es keine Garantien für derartige Entwicklungen im Islam - oder auch nur für die andauernde Legitimität freiheitlicher Ordnungsvorstellungen im Westen selbst - geben, aber die Chancen für eine freiheitliche demokratische Entwicklung im islamischen Kulturkreis dürften wie überall sonst steigen, wenn die Massenarmut einmal überwunden sein wird.

Huntingtons (1993, 1996) „Kampf der Kulturen“ ist nicht Schicksal, sondern höchstens das Resultat einer verfehlten Politik des Westens und natürlich auch politischer Fehlentscheidungen in anderen Kulturkreisen. Aber die Menschheit hat eine Chance, die ich als „kapitalistischen Frieden“ bezeichnen möchte. Der „demokratische Frieden“ ist nur eine Komponente davon, wenn auch vielleicht seine Krönung. Die Basis dazu bilden aber: eine freiheitliche Wirtschaftspolitik, offene Weltmärkte und die Überwindung der Massenarmut. Die ethischen Voraussetzungen dieses kapitalistischen Unterbaus für den demokratischen Frieden kann man mit Herbert Giersch (1995, S.24) so beschreiben: „Das Grundprinzip der kosmopolitischen Moral ist die Nichtdiskriminierung, im Handelsverkehr auch Meistbegünstigung genannt: Behandle den Fernsten nicht schlechter als den Nächsten, den Farbigen nicht weniger respektvoll als den Weißen, den Andersgläubigen nicht anders als den Glaubens- oder Gesinnungsgenossen. Frage nach dem Preis, den er (sie) bietet oder verlangt, nicht aber nach der Gesinnung oder Religion, die ihn (sie) beseelt. Das Prinzip der Nichtdiskriminierung ist universalisierbar im Sinne von Kants Kategorischem Imperativ: Es kann als Weltgesetz gelten.“ Der kapitalistische Frieden ist die Alternative zum Kampf der Kulturen.

WEEDE Erich, Prof. Dr.

Professor für Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Literatur

- Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict. 1997. Preventing Deadly Conflict. Final Report. Washington, DC: Carnegie Commission.
- Fukuyama, Francis. 1989. The End of History? *The National Interest* 16: 3-18.
1992. *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press.
- Geller, Daniel S. and J. David Singer. 1998. *Nations at War*. Cambridge and New York: Cambridge University Press.
- Gellner, Ernest. 1991. *Muslim Society*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Giersch, Herbert. 1995. *Wirtschaftsmoral als Standortfaktor*. Jena: Max - Planck - Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen.
- Huntington, Samuel P. 1991. *The Third Wave: Democratization in the late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
1993. The Clash of Civilizations? *Foreign Affairs* 72 (3): 22-49.
1996. *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon and Schuster.
- Maoz, Zeev. 1998. Realist and Cultural Critiques of the Democratic Peace. *International Interactions* 24 (1): 3-89.
- Oneal, John R. and Bruce M. Russett. 1997. The Classical Liberals Were Right: Democracy, Interdependence and Conflict, 1950-1985. *International Studies Quarterly* 41 (2): 267-294.
- Popper, Karl. R. 1935/1969. *Logik der Forschung*. Tübingen: Mohr.
- Rummel, Rudolph J. 1994. *Death by Government*. New Brunswick, New Jersey: Transaction.
- Russett, Bruce M. 1993. *Grasping the Democratic Peace*. Princeton University Press.
- Vasquez, John A. 1993. *The War Puzzle*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Walt, Stephen M. 1992. Revolution and War. *World Politics* 44 (3): 321-368.
- Weede, Erich. 1975. *Weltpolitik und Kriegsursachen im 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg.
1992. *Mensch und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
1994. Determinanten der Kriegsverhütung während des Kalten Krieges und danach: Nukleare Abschreckung, Demokratie und Freihandel. *Politische Vierteljahresschrift* 35 (1): 62-84.
1996. *Economic Development, Social Order and World Politics*. Boulder, Co.: Lynne Rienner.
- Weede Erich and Edward N. Muller. 1997. Consequences of Revolution. *Rationality and Society*. 9 (3): 327-350.
1998. Rebellion, Violence and Revolution. A Rational Choice Perspective. *Journal of Peace Research* 35 (1): 43-59.